

## NIEDERSCHRIFT

### **über die 34. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Beelen am 04. Juli 2019 im Sitzungssaal (1. OG) des Rathauses**

---

Unter dem Vorsitz von Bürgermeisterin Elisabeth Kammann sind anwesend:

a) als stimmberechtigte Mitglieder

Rm Joachim Hassa  
Rm Monika Dahlhaus als Vertreterin für Rm Klaus-Dieter Hainke  
Rm Matthias Nüßing  
Rm Ralf Pomberg  
Rm Bettina Sander  
Rm Paul Spliethoff  
Rm Claus Ströker  
Rm Robert Strübbe  
Rm Helmut Suer  
Rm Maik Uekötter bis 19.22 Uhr

b) von der Verwaltung

Herr Lillteicher  
Frau Bahr  
Frau Hofene bis einschl. TOP I/4  
Herr Wisniewski, zugleich als Schriftführer

**Beginn: 18.00 Uhr**

**Ende: 19.48 Uhr**

---

**Tagesordnung**

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Seite</u>
<b>I.</b>	<b><u>ÖFFENTLICHE SITZUNG</u></b>	
1.	EINWOHNERFRAGESTUNDE	3
2.	Einführung eines Ratsinformationssystems für die Gemeinde Beelen hier: Grundsatzentscheidung	3
3.	Antrag der CDU Fraktion Beelen vom 15.06.2019 hier: Flüchtlingsunterkunft	3-4
4.	Entsorgung der Abfallbehälter durch das Entsorgungsunternehmen hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 22.06.2019	5
5.	Veräußerung von Baugrundstücken an Interessenten für Baugrundstücke hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 22.06.2019	5-6
6.	Bericht der Verwaltung	6

BM'in Kammann eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die fristgerechte und ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest. Gegen die Niederschrift vom 16.05.2019 und die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Sodann wird die Tagesordnung wie folgt erledigt.

## **I. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

### **1. EINWOHNERFRAGESTUNDE**

---

Es ergeben sich keine Anfragen.

### **2. Einführung eines Ratsinformationssystems für die Gemeinde Beelen hier: Grundsatzentscheidung**

---

SV 125/2019

Herr Lillteicher stellt anhand einer Wirtschaftlichkeitsanalyse ausführlich die Kostenkomponenten des bisherigen Sitzungsdienstes und eines möglichen Ratsinformationssystems gegenüber. Zudem stellt er abschließend die Vorteile eines digitalen Ratsinformationssystems vor.

Mehrheitlich begrüßt das Gremium die Einführung eines digitalen Ratsinformationssystems. Rm Ströker fragt nach, bis wie weit in die Vergangenheit die Historie digitalisiert werden soll. BM'in Kammann erklärt, dass die aktuelle Ratsperiode digitalisiert wird. Rm Uekötter fragt nach, ob das Ratsinformationssystem auf die Homepage der Gemeinde Beelen implementiert wird. Herr Lillteicher erklärt, dass sowohl ein Zugang für Ratsmitglieder über die Homepage vorgesehen ist, als auch ein Bürgerinformationssystem.

Da es keine weiteren Fragen oder Anmerkungen gibt, lässt BM'in Kammann über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen:

#### **Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Beelen beschließt die Einführung eines Ratsinformationssystems bei der Gemeinde Beelen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**- einstimmig -**

### **3. Antrag der CDU Fraktion Beelen vom 15.06.2019 hier: Flüchtlingsunterkunft**

---

SV 123/2019

Rm Strübbe erläutert den Antrag der CDU-Fraktion vom 15.06.2019. Insbesondere möchte die CDU-Fraktion erfahren, seit wann die Problematik an der Flüchtlingsunterkunft bekannt sei und warum die Politik hierüber nicht umfassend informiert wurde.

Frau Bahr berichtet, dass der technische Angestellte der Gemeinde Beelen seit seinem Amtsantritt alle kommunalen Gebäude überprüft. Zum Gebäude Beilbach 8 lag die Nutzungsänderung aus 2017 vor, aus der hervorging, dass eine Brandmeldeanlage auf die Kreisleitstelle aufgeschaltet werden sollte. Das war bis dato noch nicht geschehen. Deshalb wurde aufgrund der zeitlichen Notwendigkeit eine Dringlichkeitsentscheidung zur Beschaffung einer Brandmeldeanlage für dieses Gebäude erarbeitet. Zwischenzeitlich hat sich jedoch herausgestellt, dass die Anforderungen einer Brandmeldeanlage auf veralteten Informationen beruhten. Diese Auflagen galten für das Altenheim, nicht aber für eine Flüchtlingsunterkunft. Daher wurden Angebote für eine Hausmeldeanlage für Brandfälle eingeholt.

Rm Pomberg erklärt, dass die Begehung durch den technischen Angestellten der Gemeinde am 15.05.2019 stattgefunden hat. Er fragt nach, seit wann der Prüfbericht der Gemeinde vorgelegen hat. BM'in Kammann erklärt, dass der Prüfbericht umgehend an den Kreis Warendorf weitergeleitet wurde. Nach Einschätzung des Kreises sollten sofortige Maßnahmen ergriffen werden wie die Aktualisierung der Sicherheitsbeleuchtung und die Beseitigung der Mängel an der Brandmeldeanlage. Daraufhin hat die Verwaltung die Brandschutzdienststelle des Kreises/Beckum eingeschaltet und einen Ortstermin veranlasst. Nach Aussage des Mitarbeiters der Brandschutzdienststelle hat auch schon zum Zeitpunkt der Nutzungsänderung zur Notunterkunft eine Hausbrandmeldeanlage ausgereicht.

Rm Pomberg fragt nach, ob die Dringlichkeitsentscheidung noch nach der Information des Kreises beschlossen wurde. Frau Bahr erklärt, dass diese Prozesse parallel liefen, da die Antwort des Kreises nicht umgehend kam und die Gemeinde akuten Handlungsbedarf gesehen hat.

Rm Uekötter fragt nach, welcher Auftrag nun vergeben wurde. BM'in Kammann erklärt, dass die Nachbesserung der Sicherheitsbeleuchtung beauftragt und bereits erledigt ist. Zudem muss noch die Hausbrandmeldeanlage erneuert werden. Eine Aufschaltung auf die Kreisleitstelle ist nicht erforderlich. Demnach belaufen sich die Kosten hierfür wahrscheinlich auch nur auf rd. 9.900 €.

Rm Dahlhaus fragt nach, ob zu irgendeinem Zeitpunkt Gefahr für die Bewohner der Flüchtlingsunterkunft bestanden hätte. BM'in Kammann erklärt, dass zu keiner Zeit die Betriebssicherheit des Gebäudes gefährdet war.

Rm Strübbe bemängelt die Kommunikation zwischen den Politikern und der Verwaltung. In der Mail der Bürgermeisterin vom 13.06.2019 wurde von „einer großen Gefahr für Menschen“ geschrieben, aus der Rm Strübbe nicht schlau geworden ist. Anschließend kam eine Mail mit der Dringlichkeitsentscheidung. Rm Strübbe hätte sich in dieser Angelegenheit mehr Klarheit gewünscht.

Anmerkung der Verwaltung: *Der Email vom 13.06.2019 war die Dringlichkeitsentscheidung beigefügt. Darin heißt es so wörtlich: „...aus rechtlichen Gründen und Sicherheitsaspekten geboten“*

Rm Hassa erwidert, dass es sich hier um klassische Verwaltungsarbeit gehandelt hat, sowie das Abarbeiten der einzelnen Problemfelder. Die ursprünglichen Fehler lagen sowohl beim DEKRA-Sachverständigen, der ein falsches Gutachten erstellt hat, als auch beim Kreis Warendorf, die bereits längst die bestehenden Auflagen hätten zurücknehmen müssen.

Rm Pomberg fragt nach, wann die Umbauarbeiten in der Flüchtlingsunterkunft starten. Frau Bahr erklärt, dass der Beginn der Arbeiten zwischen dem ausführenden Betrieb und der Verwaltung noch abgestimmt wird.

#### **4. Entsorgung der Abfallbehälter durch das Entsorgungsunternehmen hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 22.06.2019**

---

SV 124/2019

Rm Strübbe erläutert kurz den Antrag der CDU-Fraktion vom 22.06.2019. Insbesondere bittet die CDU-Fraktion um Mitteilung, welche Straßen betroffen sind und wo mögliche Sammelstellen errichtet werden sollen. Zudem soll erläutert werden, ob Sammelstellen vertraglich geregelt wurden.

BM'in Kammann stellt zunächst klar, dass die Mitarbeiter der Verwaltung keinen Bürger aufgefordert haben, die Mülltonnen zu bestimmten Sammelpunkten zu bringen. Verwaltungsmitarbeiterin Frau Hofene hat mit dem Entsorgungsunternehmen Hellweg eine Besichtigung der problematischen Straßen gemacht und Lösungsmöglichkeiten erarbeitet. Zwischenzeitlich liegt auch eine Gefährdungsbeurteilung des Entsorgungsunternehmens vor. Frau Hofene erläutert die problematischen Straßen im Einzelnen. Zudem stellt sie mögliche Lösungsvorschläge aufgrund der Gefährdungsbeurteilung des Entsorgungsunternehmens vor. Rm Hassa erklärt abschließend, dass jetzt Klarheit über die Problematik mit den Müllgefäßen herrscht. Nun ist eine entsprechende Kommunikation mit den Bürgern möglich.

Rm Uekötter verlässt um 19.22 Uhr die Sitzung.

#### **5. Veräußerung von Baugrundstücken an Interessenten für Baugrundstücke hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 22.06.2019**

---

SV 126/2019

Rm Strübbe erläutert kurz den Antrag der CDU-Fraktion vom 22.06.2019. Insbesondere möchte die CDU-Fraktion erfahren, ob die Gründe bekannt sind, warum einige Interessenten abgesprungen sind und ob es aus Sicht der Verwaltung Möglichkeiten gibt, das Vergabeverfahren in Zukunft zu beschleunigen.

Frau Bahr erklärt, dass aktuell vier Grundstücksverhandlungen laufen. Gründe für das schleppende Verfahren sind zum einen, dass die Bauverwaltung schwerpunktmäßig die restlichen Arbeiten an der neuen Grundschule vorangetrieben hat und zum anderen sind Interessenten kurzfristig vom Grundstückskauf zurückgetreten. Sollte das Vergabeverfahren beschleunigt werden, so müsste nach Eingang der Bewerbungen vergeben werden. Jedoch ist es gewünscht, dass die Vergabe nach Punkteverfahren erfolgt.

Rm Pomberg erklärt, dass die Kriterien für die Punktevergabe bereits in 2018 festgelegt wurden. Anschließend fand die Auswahl der Bewerber statt. Rm Pomberg fragt nach, wie lange ein Bewerber Zeit hat, sich zum Grundstückskauf zu äußern. Frau Bahr erklärt, dass der Bewerber vier Wochen Bedenkzeit hat. Rm Pomberg führt weiter aus, dass sicherlich nicht die gesamte Bauverwaltung mit der Fertigstellung der Schule beschäftigt gewesen sei. Sollte das so gewesen sein, so hätte BM'in Kammann als Juristin eventuell auch Kaufverträge bearbeiten können. Rm Pomberg hält fest, dass die Grundstücksvergabe zukünftig schneller abgewickelt werden muss. Er fragt nach, warum derzeit nur vier Grundstücke in der Vergabe sind und nicht schon acht. Frau Bahr erklärt, dass es sich bei den letzten vier Grundstücken um problematische Grundstücke handelt.

Rm Hassa fügt hinzu, dass das Vergabeprocedere absolut nachvollziehbar ist, da die Punktevergabe teilweise sehr komplex ist. Zudem liegt die Verzögerung mitunter auch an den unschlüssigen Interessenten.

Rm Strübbe schlägt zur Beschleunigung des Verfahrens vor, eine Bedenkzeit von maximal zwei Wochen zuzulassen.

Rm Spliethoff stimmt den Ausführungen von Rm Hassa zu. Jedoch war den Bewerbern offensichtlich bisher nicht bekannt, dass sie auch an weiteren Bewerbungsrunden teilnehmen können, wenn sie in der ersten Runde nicht zum Zuge gekommen sind.

Rm Pomberg schlägt vor, dass auf der Homepage der Gemeinde Beelen die noch zur Verfügung stehenden Grundstücke ausgewiesen werden.

Rm Hassa erklärt, dass das Punktesystem zur Grundstücksvergabe gut und richtig ist. Zur Beschleunigung der Vergabe könnte der Rat eventuell bei zukünftigen Baugrundstücken bereits Kaufpreise festlegen. Rm Strübbe stimmt dieser Vorgehensweise zu. Der Rat sollte sich deshalb frühzeitig zur nächsten Ausweisung von Baugrundstücken mit dieser Problematik auseinandersetzen.

## **6. Bericht der Verwaltung**

---

Es liegen keine Berichtspunkte vor.

### Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es ergeben sich keine Anfragen.

BM'in Kammann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 19.46 Uhr.